

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 85 848-48 ppbn d

34. Jahrgang / 101

29. Mai 1979

Inhalt

Kurt Gscheidle MdB, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, setzt sich für bessere Bedingungen für Hobby-Funker im europäischen Rahmen aus. Seite 1/2

Dr. Hans de With MdB, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz, weist Beschimpfungen des bayerischen Justizministers Hillemier als grotesk zurück. Seite 3

Manfred Schmidt MdB/MdEP bezeichnet die Aufnahme Griechenlands in die EG als ein selbstverständliches Gebot der Solidarität. Seite 4

Dr. Peter Corterier MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, wirft den französischen Kommunisten Wahlkampfzügen auf Kosten der deutsch-französischen Beziehungen vor. Seite 5

"Europa und die SPD" - eine Dokumentation zum Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zur Idee der Europäischen Einigung. Seite 6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

Verbesserung der Bedingung für CB-Funk

Die von der CDU/CSU-Fraktion geforderte Verdoppelung der Kanäle ist keine Lösung

Von Kurt Gscheidle MdB
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

Seit langem werden die Möglichkeiten zur Verbesserung des CB-Funks immer wieder diskutiert. Auch die CDU/CSU-Fraktion hat sich mit ihrem kürzlich im Bundestag eingebrachten Antrag in die Diskussion eingeschaltet. Allerdings kam es der CDU/CSU-Fraktion offenbar nur darauf an, mit ihren Vorschlägen einige Publizitätswirkung zu erzielen. Denn ausgerechnet die Erhöhung der Sendeleistung wird hier als Verbesserung der Bedingungen im CB-Funk gefordert. Aber eine Erhöhung der Sendeleistung würde nicht nur die Nutzreichweite der Funkanlagen vergrößern, sondern auch im gleichen Umfang Einfluß auf die Störreichweite des Senders haben. Bei der in unserem Lande gegebenen hohen Funkanlagendichte würde dies bedeuten: Die gegenseitige störende Beeinflussung von Funkanlagen, die an verschiedenen Orten die gleiche Frequenz benutzen, nimmt stark zu. Die Folge wäre, daß die heute mögliche Mehrfachnutzung der Frequenzen in großem Umfang beschränkt würde. Es könnte nur noch wenige CB-Funker ihre Anlagen gleichzeitig betreiben. Außerdem würde die störende Beeinflussung von Radiogeräten und Stereoanlagen durch den CB-Funk stark zunehmen. Fazit: Die Forderungen der CDU/CSU-Fraktion stellen statt einer Verbesserung eine allgemeine Verschlechterung der Lage im CB-Funk dar.

Das Anliegen der Hobbyfunker ist jedoch auf jeden Fall förderungswürdig, da es zwischenmenschliche Kontakte schafft und

unterstützt. Neueste Verkehrsuntersuchungen, die zur Klärung der Lage im CB-Funk durchgeführt wurden, haben ergeben, daß die diesem Funknetz zugeteilten Frequenzen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch grundsätzlich ausreichen. Voraussetzung hierfür ist allerdings ein gewisses Maß an Fairness und Disziplin der CB-Funker untereinander.

Bei der stärker werdenden Popularität des CB-Funks jedoch wird die Zahl der Anhänger dieses Hobbys sicher weiter anwachsen. Daher müssen wir auch für die Zukunft vorsorgen und die Rahmenbedingungen schaffen, um weiterhin gute Möglichkeiten für die Ausübung dieses Hobbys gewährleisten zu können. Hierbei ist es allerdings nicht damit getan, wie es die CDU/CSU-Fraktion vorschlägt, einfach eine Verdoppelung der CB-Funkkanäle zu fordern. Jedermann, der sich auch nur ein bißchen mit dem Wesen der Frequenzverteilung beschäftigt hat, weiß, daß hier internationale Interessen zu berücksichtigen sind. Schon jetzt bekommen immer mehr Bürger, die CB-Anlagen im Auto haben, Ärger, wenn sie die Grenze ins Ausland passieren wollen, Geräte, deren Betrieb in dem einen Land erlaubt ist, sind schon im Nachbarland verboten oder umgekehrt. Um für die CB-Funker eine befriedigende Lösung zu finden, hilft also nur eine internationale Abstimmung. Diese Erkenntnis hat die Deutsche Bundespost auch dazu veranlaßt, von Anfang an ihre Regelungen für den Funkverkehr nach einer Richtlinie der europäischen Konferenz der Post- und Fernmeldeverwaltungen zu gestalten.

Einen Ansatz zur Lösung des Problems, durch eine Ausweitung der Kanäle im CB-Funk auch die Zukunft dieses Hobbys auf eine vernünftige Basis zu stellen, könnte die im Herbst dieses Jahres stattfindende weltweite Funkverwaltungskonferenz bringen. Auf ihr sollen auch dem öffentlichen beweglichen Landfunk neue Frequenzbereiche zugewiesen werden. Hiernach müßte dann von den europäischen Verwaltungen abgestimmt werden, welche dieser Frequenzbereiche dem CB-Funk zugewiesen werden. Dieses wäre eine Ideallösung. Der CB-Funk könnte weiterhin ungestört expandieren, und außerdem wären die Probleme um den internationalen Gebrauch der Funkanlagen beseitigt.

Sollte die Verwirklichung dieser Optimallösung nicht erreichbar sein, müßte eine technisch befriedigende Minimallösung im 27-MHz-Bereich gefunden werden, die bestimmt niemanden auf Dauer zufrieden stellt.

Ich meine, daß das Ziel einer internationalen Lösung eine für alle Beteiligten erstrebenswerte Aufgabe ist, für die es sich lohnt, auch ein bißchen Geduld zu haben. Deshalb werde ich mich im europäischen Rahmen für eine Zuteilung neuer Frequenzbereiche für den CB-Funk einsetzen.
(-/29. Mai 1979 / hi /ca)



Karl Hillermeier mit Keule

Neue Töne vom Bayerischen Staatsminister der Justiz

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Bayerns Staatsminister der Justiz und stellvertretender Ministerpräsident, Dr. Karl Hillermeier, bevorzugt bei der Besteilung des Feldes der Rechtspolitik seit kurzem die Keule. Sowohl im bayerischen Landtag bei der Beratung des Haushalts seines Hauses Anfang dieses Monats als auch in einem Nachschlag in Form eines Artikels im Bayernkurier am 19. Mai 1979 richtete Minister Hillermeier ungewöhnlich scharfe Angriffe gegen die Rechtspolitik der Bonner Koalition.

Seine Vorwürfe gipfeln darin, wir Rechtspolitiker der Koalition wollten auf dem Felde der Rechtspolitik systemverändernde Ideologien durchsetzen und steuerten apokalyptische Zustände an, wo sozialistisches Gedankengut unsere noch intakten Familien in Gefahr bringen und wo das Heil von Zügellosigkeit und staatlichen Eingriffsrechten bis hin zur völligen Beseitigung des elterlichen Erziehungsrechts erwartet werde.

Inhaltlich sind diese Vorwürfe so grotesk, daß sie keines Wortes der Entgegnung bedürfen. Deshalb sind Hillermeiers neue Töne auch weniger ärgerlich als verwunderlich. Sie sind ungewöhnlich, weil man so etwas vom Bayerischen Staatsminister der Justiz bisher nicht gewöhnt war. Bisher erfreute sich das Bayerische Staatsministerium der Justiz im Kreise der Justizminister und -senatoren des Bundes und der Länder großen Respekts und eines guten Rufs: Seine Äußerungen zu Fragen der Rechtspolitik waren stets Ausdruck hohen juristischen Sachverständes und eleganter Diktion. Sie nötigten auch dem Respekt ab, der politisch anderer Ansicht war. Mit seinen jetzt unternommenen verbalen Kraftakten setzt Karl Hillermeier diese gute Reputation aufs Spiel, und zwar wohl auch bei seinen der Union angehörenden Amtskollegen.

Bleibt die Frage, warum Karl Hillermeier neuerdings in die Rechtspolitik hineinbrüllt, statt in ihr mitzureden oder - mit eleganter Klinge - mitzufechten. Die Antwort kann nur vermutet werden: Muß Anerkennung durch den neuen Herrn, den Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, auf besondere Weise verdient werden? War das Schmahsoll noch nicht erfüllt? Wenn jetzt Franz Josef Strauß mit Karl Hillermeier zufrieden ist und das Lob "Gut gebrüllt Löwe!" zuteilt, wird sich außerhalb Bayerns freilich mancher betroffen die Augen reiben.

Painlich sind des Bayerischen Staatsministers der Justiz Beschimpfungen nicht zuletzt deshalb, weil er derzeit Vorsitzender der Justizministerkonferenz ist und er seine Kollegen aus Bund und Ländern just für Ende Mai in die Landeshauptstadt München eingeladen hat. Eine eigenartige Form von Gastlichkeit ist das, die Hälfte der eingeladenen Gäste gleichzeitig mit der Einladung zu beschimpfen. (-/29.5.1979/hi/ca)

+ + +



Griechenland ist in der EG willkommen

Aufnahme in die Gemeinschaft ein Akt selbstverständlicher Solidarität

Von Manfred Schmidt MdB/MdEP

Mit der Unterzeichnung des Beitrittsabkommens Griechenlands zur EG hat die Gemeinschaft den ersten konkreten Schritt zur Süderweiterung eingeleitet. Ab 1. Januar 1981 wird Griechenland als zehntes Mitglied der EG angehören.

Die deutschen Sozialdemokraten haben seit der Wiederherstellung der Demokratie im Jahre 1974 den griechischen Beitrittswunsch nachhaltig unterstützt. Mit der Aufnahme Griechenlands hat die EG bewiesen, daß sie nicht ein exklusiver Club der Reichen sein will, sondern bereit ist, die beitragswilligen südeuropäischen Länder - dazu gehören neben Griechenland noch Spanien und Portugal - trotz der damit verbundenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in die Gemeinschaft aufzunehmen. Damit leistet die Gemeinschaft auch einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Demokratie in diesem Lande. Dies und der Beitrag zur Beseitigung der Armut sind für uns Sozialdemokraten ein selbstverständliches Gebot der Solidarität.

Der EG-Beitritt Griechenlands bringt aber auch - und zwar für beide Seiten - große Probleme mit sich. Nicht wenige Griechen befürchten, daß, ähnlich wie für die Engländer nach dem Beitritt des Vereinigten Königreichs zur EG, wegen des europäischen Agrarsystems eine ungeheure Teuerungswelle auf sie zurollen wird.

Für die unterentwickelte griechische Industrie sind mit dem Beitritt kaum lösbare Anpassungsprobleme verbunden. Wenn man sich die folgenden Zahlen vor Augen führt, wird deutlich, welche gewaltige Änderung der Wirtschaftsstruktur Griechenlands der künftige EG-Beitritt mit sich bringen wird. Noch rund ein Viertel der griechischen Bevölkerung ist heute in der Landwirtschaft tätig, rund 90 Prozent aller Industriebetriebe sind Familienunternehmen mit nicht mehr als neun Angestellten. Griechenlands ganze Anstrengung wird sich darauf richten müssen zu verhindern, daß der Beitritt zur EG und die Übernahme westlicher Produktivitätsvorstellungen dazu führt, daß ähnlich wie in Italien ganze Randregionen entvölkert werden, während die Ballungszentren aus den Nähten platzen.

Für die Gemeinschaft bringt der Beitritt Griechenlands nicht unerhebliche finanzielle Verpflichtungen mit sich. So soll Griechenland aus dem EG-Agrarfonds rund 700 Millionen Verrechnungseinheiten und aus dem Regionalfonds 400 Millionen Verrechnungseinheiten erhalten. Hinzu kommen Zuschüsse aus dem Sozialfonds und Kredite der Investitionsbank in Höhe von circa 600 Millionen Verrechnungseinheiten. Außerdem muß der gemeinsame Markt, der ohnehin bereits mit südlichen Agrarprodukten übersättigt ist, nun auch noch die entsprechenden griechischen Produkte aufnehmen.

Hier sorgen aber Übergangsfristen von bis zu sieben Jahren für eine Milderung des Problems, die unbedingt für Strukturverbesserungen im landwirtschaftlichen Bereich genutzt werden müssen. Das gleiche gilt für die Freizügigkeit, die den griechischen Arbeitnehmern aufgrund des EWG-Vertrages zusteht.

Für die Gemeinschaft bringt der Beitritt Griechenlands auch insofern Probleme, als die Gefahr besteht, daß sie in den ungelösten griechisch-türkischen Konflikt hineingezogen wird. Trotzdem: Die Gemeinschaft muß diese Probleme meistern. Die Aufnahme Griechenlands in die Gemeinschaft ist aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ohne vertretbare Alternative.



Marchais' Propaganda als Lügen entlarvt

Wahlkampf auf Kosten der deutsch-französischen Beziehungen

Von Dr. Peter Corterier MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Die Unionsparteien setzen im Europawahlkampf ihre Kampagne mit der Parole "Freiheit oder Sozialismus" fort und unterstellen den Sozialdemokraten Volksfrontbestrebungen auf europäischer Ebene. Wie weit derartige Behauptungen von der Realität entfernt sind, zeigen die letzten Äußerungen des französischen KP-Chefs Georges Marchais, der sich, wenn es um antideutsche und antisozialdemokratische Hetze geht, von niemand übertreffen läßt. Marchais hat in einer Serie von Reden und Interviews die von den Sozialdemokraten geführte deutsche Bundesregierung erneut als Hauptgegner seiner Partei in der Europäischen Gemeinschaft herausgestellt. Auf Tatsachen nimmt Marchais dabei keine Rücksicht. Sie würden seine üble Propaganda nämlich als Lügen entlarven.

Er greift bewußt zur Unwahrheit, um Ressentiments zu schüren, die in der französischen Öffentlichkeit längst überwunden sind, auch bei jenen, die unter deutscher Besatzung gelitten haben, während Marchais im deutschen Reich Arbeitsdienst leistete, ohne sich zu widersetzen. Es ist sicherlich kein Zufall, daß Marchais am 23. Mai während einer europäischen Wahlkundgebung im Elsaß behauptete, die Bundesregierung strebe nach Nuklearwaffen, und zwar mit heimlicher Zustimmung der französischen Regierung.

Lügen und Unterstellungen dieser Art sollen die deutsch-französischen Beziehungen absichtlich ins Zwielficht rücken und dämonisieren. Die Bundesrepublik ist und bleibt ein kernwaffenfreier Staat. Daran kann es - gerade unter der gegenwärtigen Bundesregierung - keinen Zweifel geben. Die unverhüllt antideutsche und antieuropäische Politik des französischen KP-Führers, mit der zugleich auch die französische Regierung als heimlicher Verbündeter eines deutschen Strebens nach Nuklearwaffen getroffen werden soll, muß sowohl hier als auch in Frankreich auf das Schärfste zurückgewiesen werden.

Diese und andere Äußerungen Marchais' zeigen die Stoßrichtung der französischen Kommunisten im Europawahlkampf. Es geht ihnen darum, die deutsch-französischen Beziehungen zu stören und die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu blockieren. Dabei ist die Bundesregierung, die im letzten Jahrzehnt einen wesentlichen Beitrag zur Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit und zum Fortschritt in der EG geleistet hat, ein Hauptangriffspunkt.

Die französische KP mit ihrer ungebrochenen Fortsetzung der Tradition des Stalinismus hat jedoch keine Chance in den Europawahlen zu einem wesentlichen Faktor in der Politik der Gemeinschaft zu werden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die französische Bevölkerung die antideutschen Exzesse der Kommunisten nicht honoriert und die Bundesrepublik als das sieht, was sie ist: ein Verbündeter und Freund Frankreichs.

(-/29.5.1979/hl/hgs)

+

+

+



Dokumentation 1. Teil

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herbert Wehner hat an die Mitglieder seiner Fraktion eine Handreichung über das historische Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu Europa versandt. Wir veröffentlichen seinen Beitrag in zwei Teilen, heute und morgen. Das Anschreiben Wehners lautet:

" Liebe Freunde!

Unsere Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat etwas einzubringen in die Europäische Gemeinschaft. Und wenn wir sagen 'Unser Wort gilt in Europa - Mit Willy Brandt und Helmut Schmidt', so heißt das, weil Willy Brandt als Außenminister und als Bundeskanzler und Helmut Schmidt als Nachfolger dieses Bundeskanzlers nicht nur Achtung, nicht nur Respekt, sondern mehr - Zuneigung nämlich - zwischen den anderen und uns erweckt und belebt haben. Es war zum Beispiel Willy Brandt, der die Politik des 'leeren Stuhls' in der Europäischen Gemeinschaft abgelöst, überwunden hat. Kein Mensch auch von uns denkt mehr daran, was das gewesen war! Wir sind alle sehr schnellebig, und wir glauben, daß wir eine historische Rolle erfüllt, wenn wir darüber reden, daß noch nicht alles erreicht ist. Es ist sehr viel erreicht; aber es wird noch lange dauern, bis einmal Leute sagen werden: Das Menschenmögliche ist erreicht! Das sollte niemand besser verstehen aus seiner Vergangenheit als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, ohne daß sie dabei überheblich werden soll oder darf gegenüber anderen. Man hört das manchmal so heraus, als hätten wir anderen irgendetwas als Vorbild zu bieten. Wir haben uns ihnen anzubieten als solche, die bestimmte Erfahrungen haben, die wir gern auch mit anderen austauschen möchten.

Zu diesem Thema erhalte ich diese kleine Handreichung, die Euch auch die Argumentation im letzten Teil der sogenannten heißen Phase des Europa-Wahlkampfes erleichtern soll.

Es grüßt herzlich

Euer

Herbert Wehner."

"Der Europagedenke in der deutschen Sozialdemokratie"

"Zu den Grundwerten des demokratischen Sozialismus in Europa gehören von Anfang an die Prinzipien der Demokratie und die der internationalen Solidarität. Die europäische Sozialdemokratie und ihre Organisationen und Parteien entstanden aus Protest, als eine Widerstands- und Selbsthilfebewegung der Arbeiter gegen die Unmenschlichkeit des Kapitalismus und Nationalismus. Eben weil diese Entwicklung nicht auf ein Land beschränkt war, war die internationale Solidarität und die gemeinsame Aktion die notwendige Antwort der Unterdrückten und Benachteiligten. Der Kampf um eine gerechte, demokratische und solidarische internationale Friedensordnung gehört deshalb zu den Zielen der europäischen Sozialdemokratie, was ihr jahrzehntelang den Vorwurf der 'vaterlandslosen Gesellen' einbrachte."

(Programm der SPD für die erste europäischen Direktwahl, beschlossen am 10. Dezember 1978 in Köln)

1. Die über hundertjährige Geschichte der SPD zeigt, daß sich die Partei schon in ihren Gründerjahren der Zusammenarbeit zwischen den Nationen verpflichtet fühlte, was sich nicht zuletzt aus der Tradition der internationalen Arbeiterbewegung erklärt.

Schon im Leipziger Programmentwurf für einen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein von 1863 unterstreicht die SPD - und damit als erste deutsche Partei überhaupt:

"Unter deutscher Einheit versteht die Arbeiterpartei den zentralistischen deutschen Volksstaat und erstrebt selbigen einfach als einen Anfang des solidarisch europäischen Staates."

Obwohl die Sozialdemokraten über Jahrzehnte hinweg wegen ihres internationalen Solidaritätsanspruchs als "vaterlandslose Gesellen" verleumdet und bekämpft wurden, hielten sie an der Überzeugung fest, daß nur durch die Zusammenarbeit der Völker die Zukunft unseres Kontinents gesichert werden könnte.



Zwei Namen stehen für die immer enger werdende Kooperation gleichgesinnter Parteien: August Bebel und Jean Jaurès. Aber auch ihre Bemühungen konnten die Katastrophe, die mit dem Ersten Weltkrieg über Europa hereinbrachte, nicht verhindern.

Gerade die Erfahrungen der SPD aus dem Ersten Weltkrieg führten die Partei dahin, daß sie auf dem Heidelberger Parteitag 1925 bereits in aller Klarheit formulierte, wohin der Weg in Europa gehen sollte: Sie

"tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen."

Rudolf Hilferding, ein Mann, der zu den Opfern des Nationalsozialismus gehört, hat diesen Programmteil damals begründet:

"Wir wollten die Vereinigten Staaten Europas nicht als ein Wirtschaftsgebiet, das sich im Konkurrenzkampf gegen die Vereinigten Staaten Amerikas abschließt. Wir wollen die Vereinigten Staaten Europas nicht als ein Ausschlußmittel etwa gegen England oder gegen Rußland, sondern wir wollen die Vereinigten Staaten Europas, damit die großen Probleme der Wirtschaft, die großen Probleme der auswärtigen Politik gelöst werden können."

Bis heute sind diese Vorstellungen eines geeinten Europas Bestandteil sozialdemokratischen Willens und Handelns geblieben.

In der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, als das Verbot politischer Parteien viele Sozialdemokraten außer Landes zwang, machte sich die SPD auch im Exil zum Fürsprecher der europäischen Einigung. So erklärte zum Beispiel Hans Vogel, Vorstandsmitglied der SPD der Weimarer Zeit, in der Londoner Versammlung deutscher Sozialdemokraten am 18. Juni 1943:

"Ein Europa, das weiterhin zersplittert bleibt, in einige Dutzend politisch und wirtschaftlich abgeschlossene Einzelstaaten, wird auch in Zukunft der eigentliche Gefahrenherd der Welt bleiben."

(Quelle: Sozialistische Mitteilungen Nr. 51, Juli 1943)

2. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Naziregimes hat Kurt Schumacher, Wiederbegründer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und einer der Wegbereiter Europas, erklärt:

"Die Sozialdemokratie kann sich ein neues Deutschland nicht als ein isoliertes und nationalistisches Deutschland vorstellen. Sie kann sich Deutschland überhaupt nur als einen Bestandteil Europas denken, aber sie will dieses Deutschland dann nicht als Paria, sondern als gleichwertig. Und gerade eine Partei wie die Sozialdemokratie, die wegen des internationalen Charakters ihrer Politik von den verständnislosen nationalistisch infizierten Teilen des eigenen Volkes abgelehnt worden ist, kann offen und in ruhiger Gelassenheit diesen Anspruch anmelden."

(Quelle: Nach dem Zusammenbruch..., Seite 46)

Auf dem zweiten Nachkriegsparteitag in Nürnberg 1947 konkretisierte Schumacher diese Vorstellung:

"Die Diskussion über Europa ist in Wahrheit das Suchen nach einer Sinngebung des Lebens, nachdem wir jetzt eine Periode sinnlosen Vegetierens durchgemacht



haben. Wir können uns dabei keinen Plan der Vereinigten Staaten von Europa aussuchen. Wir können überhaupt vom Leben nicht verlangen, das es sich nach Abstraktionen richten soll. Wir haben auch gar nicht das Recht der Wahl zwischen Schemata. Wir haben nur induktiv und experimentell den Weg der realen Möglichkeiten zu durchschreiten."

Die SPD ließ also von Anfang an keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie sich Deutschland als integralen Bestandteil Europas - als einer auf der Grundlage der Supranationalität einheitlichen Gemeinschaft - vorgestellt und gewollt hat.

So unterstrich Schumacher:

"Es gibt keine deutsche Frage, die nicht zugleich auch eine europäische Frage wäre." Deutschland sollte "von vornherein in den Rahmen einer europäischen Föderation eingebaut" werden.

(Quelle: Nach dem Zusammenbruch..., Seite 45 und 162)

Als sich dann eine politische Entwicklung abzeichnete, die eine schnelle Wiedervereinigung unwahrscheinlich machte, traten die Sozialdemokraten verstärkt für eine Westintegration ein, die nicht die Trennung Deutschlands verewigen würde.

Denn für die SPD blieb Ziel:

"ein einheitliches, demokratisches Deutschland in Freiheit und Frieden" und "gemeinsam mit den Sozialdemokraten aller Länder erstrebt sie den Bund der freien Völker in den Vereinigten Staaten von Europa."

(Parteitag April 1948 in Düsseldorf)

Neben der Einheit Deutschlands in Freiheit stand also weiterhin als Hauptziel sozialdemokratischer Politik die Einigung Europas.

In einer Rede vor der konstituierenden Versammlung des Deutschen Rates der europäischen Bewegung am 13. Juni 1949 in Wiesbaden definierte Carlo Schmid, einer der sozialdemokratischen Europäer der ersten Stunde, die europapolitischen Grundsätze seiner Partei, die heute noch gültig sind:

"Wir werden uns klar werden müssen darüber, daß ein hegemoniales Europa so gut eine Unmöglichkeit ist, wie ein Europa, das lediglich eine Konföderation souverän bleibender Staaten ist. Wir dürfen also keinen Staatenbund anstreben. Europa muß man schon als Bundesstaat wollen, wenn man ein wirksames Europa will!"...

"Diese Vereinigten Staaten von Europa, dieser europäische Bundesstaat braucht eigene Organe, und zwar europäische Organe. Er wird ein Parlament brauchen, und dieses Parlament sollte nicht aus Delegationen der nationalen Parlamente bestehen, sondern dieses Parlament sollte europäisch gewählt werden, das heißt, direkt, allgemein und gleich vom Volke Europas. Innerhalb dieses Parlaments sollten die Abgeordneten sich nicht nach Nationen, sondern nach Fraktionen gruppieren, das heißt, es sollten nicht die Franzosen und die Deutschen und die Briten beieinander sitzen, sondern es sollten sich als zusammengehörige Gruppen fühlen und konstituieren die Sozialisten, die Konservativen, die Liberalen ohne Rücksicht darauf, wo sie gewählt worden sind.

Wenn wir auch ein kraftvolles und einheitliches Europa wollen müssen, so müssen wir doch gleichzeitig wollen, daß das, was Europa groß gemacht hat, nämlich seine Fähigkeit, in der Einheit zu differenzieren, erhalten bleibt. Wenn wir die Notwendigkeit, Europa zu schaffen, nur unter dem Gesichtspunkt begreifen, daß wir ein Europa "gegen jemand" machen müssen, dann schaffen wir nicht Europa, sondern eine ordinäre Koalition. Dann wird dieses Europa nur so lange leben, als die Bedrohung manifest ist." (-/29.5.1979/hi/ca)

